

# Staatszeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Staatszeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Goldmark, durch Postgebühren ohne Beleg 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark, a. 40 Wochenpost 7.00 Goldmark. Einzelhefte 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach National-Preisen berechnet; die Zeile 0.25 Goldmark.

# Weitere Ausdehnung des Korruptionsstandes

## Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Reichsaugler A. D. Gustav Bauer, der infolge des Barmat-Skandals sein Reichstagsmandat niederlegen mußte.

Verordnungen mehrerer sich wiederholender Ministerien, die die Angelegenheiten der Reichswehr betreffen, sind in der Reichswehrzeitung veröffentlicht.

Der Deutsche Beamtenbund veranstaltet gestern im Großen Schauspielhaus eine große Kundgebung der deutschen Beamtenhilfe, der Vertreter der Staatsbehörden sowie des Reichstages teilnehmen.

Landgerichtsdirektor Kroner hat gegen das Urteil des Großen Schöffengerichts Berlin-Mitte, das wegen Beleidigung des Magdeburger Landgerichtsdirektors Bismarck auf 3000 M. Geldstrafe erkannt hatte, Berufung eingelegt.

Am Dienstag beginnt der Prozeß gegen Mitglieder der deutschen Jüdische vor dem Staatsgerichtshof. 16 Angeklagte, unter ihnen auch eine Frau und ein Söldner, wurden der Wechselseitigen Alexander Stohler als der Angeklagte sind. Die Angeklagten waren Mitglieder der sogenannten deutschen Jüdische, die auf Befehl Moskaus gebildet worden war und durch allerlei Gewalttaten der Boden für einen gewissen Umsturz vorbereiten sollte.

Londoner Mütter melden den Beschluß der jenseitigen Regierung, bei Ehescheidungen eine große Rolle für konzentrische Klänge zu erfüllen, entweder nicht oder ohne Kommentar. Der Beschluß erregt Mangel in politischen Kreisen und betrübliches Ansehen.

„Corriere d'Italia“ erklärt in einer als Leitartikel erschienenen Aufschrift aus Berlin, daß die Unzufriedenheiten, die Herrschaft in seiner Rede gegen Deutschland vorgebracht habe, geradezu von einer lächerlichen Kritiklosigkeit zeugen.“ Weiter heißt aber bei vergleichenden Reden zur Folge, daß der Kriegseifer wieder erwache.

Nach den bisherigen Meldungen sind die Wahlen im Qualifikation im allgemeinen ruhig verlaufen. Soweit Wahlergebnisse vorliegen, haben die Oppositionsparteien an Anhängern gewonnen.

Pariser Morgenblätter berichten, daß im französischen Verfassungsausschuß in Moskau ein Einverständnis erzielt worden sei.

In Kopenhagen kam es bei den Parlamentssitzungen zu so schweren Unruhen, daß geradezu von einer Revolution im kleinen gesprochen wird. Wegen Verhinderung mehrerer Redaktionen usw. muß eine Pause erfolgen. Die Versammlungen sind in hohem Maße unruhig und werden von weiteren Premierministern Jagal Valda, dem Nachbarn gegen England vorgebracht wird.

Kommunisten griffen den Ort Godesch, der zwölf Kilometer von der jugoslawisch-bulgarischen Grenze entfernt liegt, an. Sie löseten zwei Zerstörer, einen Polizeicommando und mehrere anderen weiteren Polizeicommandos. Die Unterpräfektur wurde geplündert. Den Behörden gelang es, die Angreifer zu umzingeln. Sechs von ihnen wurden getötet, fünf gefangen genommen.

# Enthüllungen und Dementis.

Nachdem das Gericht über die Schieberei Barmat-Rutiser-Weber und ihre Helfershelfer in Beamten- und Parlamentarierstellungen angebrochen ist, haben die Sozialisten keine ruhige Stunde mehr. Wir wissen schon am Sonnabend von den Veröffentlichungen, die von man mit der „Aufklärung des Ruhrkreditstahls“ einleiten wollte. Denjenigen, denen das Wasser bis an den Hals steht, ist jedes Mittel recht, um sich zu retten. So beginnt der „Vorwärts“ seinerseits mit Enthüllungen, verrät die eigenen Freunde und stellt den Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeiffer bloß, der freundlicher Gönner und Förderer der Depoliten- und Handelsbank war, Reichspost- und Reichsverkehrsministerium schänzte ihr auf seine Fürsprache Kriehenaufträge zu.

Dr. Pfeiffer erhielt eine recht angenehme Provision, und an den Reichsgeldern, die der Bank zum Gods- und Devisenkauf übergeben wurden, verdiente die Bank täglich ein Viertel. Bis eine halbe Million Goldmark, indem sie die Reichsbank zur Kreditifikation verwendete. Der Gesamtbestand des Reiches soll sich auf mehr als 10 Millionen Goldmark belaufen.

Da es dem „Vorwärts“ sowie den ihm folgenden Verbänden natürlich nicht genügt, nur der Korruptionsfall auszumitteln, sondern vielmehr die damalige Regierung streifen, man mit in den Schieberei hineinzusetzen, sind eine ganze Reihe Richtigeitungen nötig geworden, aus denen hervorgeht, daß das Zentrum, insbesondere Dr. Höffe, Pfeiffer vollständig in Barmats Bahnen gewandelt ist und daß die Regierung, nachdem sie auf die Unzulässigkeit der Bank durch den Devisenkommissar aufmerksam gemacht worden war, sofort die Aufträge der Post und Eisenbahn rückgängig machen ließ, der Bank das Recht des Devisenhandels entzog und ihre Schreiben sowie die Abrechnungen Dr. Pfeiffer überhaupt nicht mehr beantwortete.

## Ein Kriehenschwund des „B. T.“

Am eifrigsten in dem Streben, sich den Hand von Barmat-Rutiser und Konraden zu halten, ist das „Berliner Tageblatt“. Es unter-

nahm am Sonnabend zum zweiten Male den Versuch, durch Enthüllungen über Empfehlungsschreiben des geheimen Zivilkabinetts in der Vorzugszeit keine Rede von der Hauptfrage abzuwenden. Aber abgesehen von diesen Reduplizierungen macht es am Sonnabend abend die Welt gründlich mit neuen zwei Millionen Goldmark für die Ruhrindustrie, die vom Reich unter der Regierung Stresemann über eine „Ruhrkreditkasse“ beim Reichswirtschaftsministerium beschafft sein sollen. Dieser Woge folgt die Richtigstellung auf dem Fuße. Die „Ruhrkreditkasse“ ist eine einfache Hilfskasse für gewerbliche Unternehmen, die seit 1919 besteht. Ihre Mittel hat sie jeweils im Etat des Reichswirtschaftsministeriums ausgemittelt. Ein Sprudelausschuß, bestehend aus Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums, bewilligte Kredite. Nicht 2 Millionen sind an die Ruhrindustrie auf diesem Wege gezahlt worden, sondern im ganzen nur 10 Millionen Goldmark, und zwar zur Bezahlung der Lohn- und Betriebsmaterialkosten, da sonst die Betriebe zum Stillstand gekommen wären. Repetierbedeutung lediglich im Umfang, in Höhe von 300 000 Goldmark gewährt. Der größte Teil aller Kredite ist zurückgezahlt. Nur kleine und mittlere Industrie erzielten von der Hilfskasse Kredite, die Großindustrie wurde auf die Reichsbank als Kreditgeber verwiesen. Im übrigen ist die Richtigstellung, ist jenseitig über alle Einzelheiten im Reichsausschuss eingehend berichtet. Nur kleine und mittlere Industrie erzielten von der Hilfskasse Kredite, die Großindustrie wurde auf die Reichsbank als Kreditgeber verwiesen.

In ähnlichem Sinne lautet eine Erklärung der Ruhrindustrie. Das „Berliner Tageblatt“ hat sich also mit seinen Enthüllungen gründlich blamiert.

## Strafantrag gegen Dr. Höffe.

Im Zusammenhang mit den gezeigten Verhandlungen des Reichsausschusses zur Untersuchung der Kreditlinien verläutet, daß mit der Erklärung einer Reichstags-Untersuchung gegen den früheren Reichspostminister Dr. Höffe schon in den nächsten Tagen zu rechnen sei. Man glaubt, daß ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Hebung der Immunität für den Abgeordneten Dr. Höffe unmittelbar bevorsteht.

# Aus den Barmatausschüssen.

## Partei, Geschäft, Beamte.

Aus dem Landtagsausschuß.

Im Preussischen Untersuchungsausschuß wurde Sonnabend zunächst ein Schreiben des Abg. Heilmann (Soz.) vorgelesen, in welchem er die in der Reichstags-Untersuchung über seine Beziehung zum Barmat gemachten Angaben als erfindend bezeichnet. Abg. Kuttner (Soz.) erklärt, daß er nachweisen könne, daß Kriminalkommissar Klinghammer entgegen seiner erteilten Abweisung in zwei Fällen Schriftstücke, die mit seiner eigenen Aufgabe nichts zu tun hatten, aber von politischem Interesse waren, mit besagten habe und daß diese Schriftstücke als bald in der Presse erschienen. Weiter können wir bemerken, daß Herr Klinghammer eine Anzeige, die sich gegen einen hohen Beamten des alten Systems richtete und von einer amtlichen Stelle an ihn gelangt war, einfach habe verschwinden lassen. Bei der Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Falk kommt es bei einer Fragestellung des stellvertretenden Vorsitzenden Deberg (Dnat.) zu einem Zusammenhang zwischen Deberg, einerseits und Auszubildenden und dem Zeugen andererseits.

Als ein Antrag eingegangen war, der die Geschäftsführung des Ministerialdirektors Dr. Falk dem mündlichen, legte Dr. Deberg (Dnat.) sein Amt nieder. (Bevorzugt links.)

Nach der dadurch notwendigen Sitzungsunterbrechung wurde Abg. Dr. Finkner (Dnp.) zum Verhandlungsleiter bestimmt, da der eigentliche Vorsitzende des Ausschusses Dr. Weidig (Dnp.) am Erscheinern verhindert war. Bei der weiteren Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Falk lag der Frage auf Fragen des Abg. Stoll (Komm.) aus, daß ihm von Beziehungen zwischen Barmat und Stollz erst etwas bekannt geworden sei, als er amtlich mit diesen Dingen nichts mehr zu tun hatte. Auf eine weitere Frage, ob der damalige Reichsausschussminister Schmidt auch mündlich gelant habe, nach meiner Ansicht muß Barmat die Großhandelsverträge für die Geschäfte haben“, antwortete der Zeuge (Soz.). Als nächster Zeuge wird Abg. Wiffel (Dnp.) vernommen, der erklärt: Ich habe während meiner

Amtezeit als Wirtschaftsminister niemals eine Ausfuhr- oder Einfuhrbewilligung für Rudrapaper oder andere Waren erteilt. Er gibt weiter die Erklärung, daß die Firma Hecht, Wiffel u. Co. um eine Einfuhrbewilligung für Barmat gebeten und daß Barmat als durchaus solventen Kaufmann bezeichnet habe. Die in der letzten Sitzung abgebrochene

## Bernehmung des Kriminaloberinspektor Klinghammer

wird hierauf fortgesetzt. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, ob er sich genau erinnere, eine Einfuhrbewilligung besagten zu haben, erklärt der Zeuge, es habe sich nicht um eine formalmäßige Bewilligung sondern um ein Schreiben mit der Unterschrift des Ministers gehandelt, in dem von einer Einfuhrerlaubnis die Rede war. Abg. Wiffel bittet, schnellstens die Akten herauszugeben, aus denen sich ergeben werde, daß er nicht eine Einfuhrbewilligung nicht erteilt worden ist. Kriminaloberinspektor Klinghammer erklärt, er habe aus dem Vorgehen des Abg. Heilmann und des Ministerialdirektors Dr. Falk den Eindruck gewonnen, daß

im Falle Barmat benutzt und absichtlich im Interesse einer politischen Partei die Exzente von der Weiterverfolgung einer Sache behindert wurde

und behauptet, Dr. Falk habe damals unter Täuschung seiner Mitarbeiter Angriffe gegen den damaligen Minister Hermes in die Presse lanciert und dem sozialdemokratischen Abg. Seilmann Material über die bismarckischen Verhandlungen anderer Beamten verschafft. Es habe sich also ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Beamten-Untersuchung des Dr. Falk und den politischen Interessen der Sozialdemokratie gezeigt. Die Barmat seien keine merkwürdigerweise unter den abgedungen Akten des Gerichts und der Staatsanwaltschaft heute nicht mehr zu finden. Der Zeuge behauptet, daß er aus dem bei Barmat besagten Material irgend etwas an die Presse gegeben habe. Der Ausschuss vertagte sich am Montag vormittag, um eine Reihe weiterer Zeugen zu vernahmen.

## Ein Einspruch des Gerichts.

Aus dem Reichsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Kreditlinien trat am Sonnabend vormittag wieder zusammen. Ein Vertreter des Preussischen Justizministeriums erklärte, daß die in den betreffenden Staatsanwaltschaften tätigen Untersuchungsrichter und Staatsanwälte am 5. Februar im Justizministerium darum gebeten hätten, bei den Untersuchungsausschüssen des Reichstages und Landtags zur Sprache zu bringen, daß die Verhandlungen dieser Ausschüsse eine wesentliche Gefährdung des Ganges der Strafverfahren enthielten. Das Justizministerium habe sich der Berechtigung dieses Vorgehrens nicht verschließen können. In der Tat ist in einer wichtigen Frage bereits eine Verurteilung des Tatbestandes beobachtet worden. Daher gibt das Justizministerium die Anregung, die Untersuchungsausschüsse solange auszusetzen, bis die Untersuchung soweit gefördert sei, daß die Gefahr einer Verurteilung des Tatbestandes nicht mehr besteht. Im Anschluß hieran kommt es zu einer lebhaften Gefährdungsbekämpfung, die mit dem Beschluß endet, zunächst in gleicher Sitzung Vertreter der Staatsanwaltschaft über den Tatbestand zu hören. Nach der vertraulichen Sitzung wurde beschloffen, die Beweisaufnahme über die Kredite der Reichspost auszulassen. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft teilte mit, daß die Nationalsozialistische Freispartei bisher der Staatsanwaltschaft kein Material gegeben habe. Ein Termin für die nächste Sitzung des Ausschusses steht noch nicht fest.

## Der Handelsvertrag mit Siam.

Schlussunfähigkeit des Reichstages.

Der Reichstag mußte am Sonnabend zwei Sitzungen hintereinander abhalten. Der Anlaß bildete eine Meinungsverschiedenheit über den deutsch-siamesischen Handelsvertrag, den die Regierung dem Reichstag zur Zustimmung vorgelegt hatte. Der deutsch-siamische Handelsvertrag, den die Regierung dem Reichstag zur Zustimmung vorgelegt hatte, der deutsch-siamische Handelsvertrag, den die Regierung dem Reichstag zur Zustimmung vorgelegt hatte, der deutsch-siamische Handelsvertrag, den die Regierung dem Reichstag zur Zustimmung vorgelegt hatte.

Dann nahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort, um der Kritik des Abg. von Freitag-Vorhagen entgegenzutreten. Der Vertrag gewährleiste immerhin eine wesentliche Befreiung gegenüber dem früheren Zustand. Die im Reichstag ungenügenden Bestimmungen seien die Folge der traugrigen Zwangslage, in der sich Deutschland unter der Herrschaft des Verfallers befinde. Die Abkündigung konnte am Sonnabend wegen der fehlenden Schlussunfähigkeit nicht stattfinden. Es wird in der Monatsagung erfolgen, die um 2 Uhr nachmittags beginnt.

## Das Programm des Justizministers.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat Sonnabend in die Beratung des Haushalts des Justizministeriums ein. Die Beratung wurde eröffnet mit einer großen programmatischen Rede des Reichsjustizministers Frenken. Er befaßte sich damit mit den weitestgehenden Verhandlungen auf dem Gebiete des Zivilprozesses des verflochtenen Jahres und bestonte, daß er in der Schaffung eines auf modernen Rechtsanschauungen aufgebauten, in sich geschlossenen Prozessrechtes eine der Hauptaufgaben der nächsten Zeit erblicke. Wichtige Vorarbeiten sind von der beim Reichsjustizministerium bestehenden Zivilprozess-Kommission bereits geleistet. — Zum Schluß seiner Rede teilte der Reichsjustizminister mit, daß der Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches am 17. November 1924 dem Reichsrat vorgelegt worden ist und die Begründung in einigen Monaten erklünde. Das Strafgesetzbuch wird etwa in einem Jahre dem Reichstag zugeleitet werden können.

